



Mit der aktuellen Rechtslage sind uns Betreiber von illegalem Wettspiel immer einen Schritt voraus. Daher braucht es Änderungen. Wir müssen zeigen, dass wir Herr der Lage sind.

Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer



Foto: Herald Dostal

Razzia der Finanzpolizei gegen das illegale Glücksspiel. Die Länder wollen das Gesetz verschärfen. 

➤ Probleme bei der Vollziehung ➤ Bundesweite Initiative

Glücksspielgesetz: Die Länder drängen auf eine Verschärfung

Mitarbeiter werden bedroht, vor ihren Privathäusern wird demonstriert, Betriebe, die geschlossen wurden, haben rasch wieder geöffnet – immer öfter klagen die zuständigen Behörden über Probleme im Kampf gegen das illegale Glücksspiel. Die Bundesländer drängen nun auf eine Verschärfung des Gesetzes.

Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer startete bei der Konferenz mit seinen Amtskollegen die

bundesweite Initiative. Die Behörden „sehen sich bei der Verhinderung des illegalen Glücksspiels zahlreichen

Problemen ausgesetzt, welche einen effektiven und effizienten Vollzug nahezu unmöglich machen“, heißt es in dem Antrag.

Konkret wird bemängelt: eine zu kurze Schließungsdauer der betroffenen Betriebe, fehlende Vollstreckungsmöglichkeiten, eine zu lange Entscheidungsfrist der Gerichte sowie unvollständige Verträge für die Untermiete, die es möglich machen, dass plötzlich ein anderer Betreiber auftaucht.

Die Landes-Chefs fordern nun umfassende Änderungen im Glücksspielgesetz. Etwa die Verlängerung der Betriebsschließungen von einem auf drei Jahre. Die Schließungen sollen vorher nicht mehr angedroht und auch nicht nur teilweise durchgeführt werden. Die Gerichte sollen innerhalb von zwei Monaten entscheiden – bisher beträgt die Frist sechs Monate. Weiters soll das Strafmaß für das Aufbrechen eines amtlichen Siegels beziehungsweise das Zerstören oder das Aneignen eines gepfändeten Gegenstandes deutlich angehoben werden.

Nur auf diese Art könne das Gesetz effektiv vollzogen werden, so die Landes-Chefs. Doris Vettermann



Kommt nach Sicherheitspanne eine Parlamentspolizei?

Hohes Haus sichert sich selbst

Wolfgang Sobotka kündigte erste Konsequenzen nach dem Auffliegen des rechtsextremen Wachmannes im Untersuchungsausschuss zur BVT-Affäre an. In U-Ausschüssen, erklärt der Nationalratspräsident, werden künftig nur noch hauseigene Sicherheitsleute

anstelle von privaten eingesetzt. Die Zukunft der Parlamentsbewachung wird nun in einem Komitee aus allen Parteien besprochen.

Eine der möglichen Alternativen – die von ÖVP-Mann Werner Amon via „Krone“ ins Spiel gebracht wurde – wäre eine Parla-

mentspolizei nach deutschem Vorbild. In der FPÖ wird der Vorschlag nicht abgelehnt, heißt es aus dem Klub. Auch die Neos – deren Sanktus die Regierungsparteien für eine Zweidrittelmehrheit im Parlament bräuchten – wollen die Idee prüfen. KK

FRAGE DES TAGES

Eigene „Parlamentspolizei“ – eine gute Idee?



KRONE.AT-VOTING 22.523 TEILNEHMER, Stand 20 Uhr

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Das Parlament soll eine eigene Polizeieinheit bekommen. Hoffentlich darf die auch Strafzettel für schlafende Abgeordnete verteilen.



Vorwürfe gegen Asfinag-Vorstand

Asfinag-Direktor Klaus Schierhackl soll laut „Kurier“ eine Mitarbeiterin im Mai 2014 vor zwei Zeugen durch eine untergriffene Aussage sexuell belästigt haben. Schierhackl bestreitet dies und vermutet eine interne Intrige. Der Aufsichtsrat setzt eine Untersuchungskommission ein.